

## Eiserner Vorhang 2.0 in Mitteleuropa (I)

18. Februar 2022

London versucht, das gefährliche „Window of Opportunity“ für ganz Eurasien zu nutzen, um sein Konzept eines *Global Britain* umzusetzen.

Das Dreierbündnis zwischen Großbritannien, Polen und der Ukraine, über das RUSSTRAT bereits [berichtete](#), kann ein Element der langfristigen Strategie Londons werden, eine Einflusszone zu bilden, die für die langfristige Entwicklung ganz Eurasiens entscheidend ist – weit über den Rahmen der bedingten Interaktion zwischen Russland und der EU hinaus. Wenn die auf das Vereinigte Königreich ausgerichtete Allianz im Herzen Europas erfolgreich ist, wird London über ein mächtiges Instrument zur Beeinflussung vieler Transitströme verfügen, was die Länder auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs 2.0 in eine verwundbare Position bringt.

Der ukrainische Präsident Wladimir Zelenski kündigte bei der Eröffnung der siebten Sitzung der Werchowna Rada eine neue Form der Zusammenarbeit zwischen Großbritannien, Polen und der Ukraine an, ohne jedoch Einzelheiten der Kooperation zu nennen. Polnische Experten, darunter so angesehene wie der ehemalige Außenminister des Landes, Radosław Sikorski, nahmen diese Initiative mit Überraschung auf.

Sie wiesen darauf hin, dass die Schaffung eines Verteidigungsbündnisses außerhalb der NATO das Risiko erhöhe, in einen potenziellen, von Kiew initiierten Konflikt mit Russland hineingezogen zu werden. Außerdem sei das Bündnis ein Mittel für Großbritannien, die durch den Brexit geschwächte Position einer Großmacht wiederherzustellen. Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass alle drei Mitglieder des Bündnisses angespannte Beziehungen zur EU haben.

Die oben beschriebenen Tatsachen, wie das Risiko, in einen möglichen, von der Ukraine ausgelösten Konflikt hineingezogen zu werden, und der britische Status des Hauptnutznießers, treten zwar ein. Allerdings erweist sich die Idee des Dreierbündnisses bei genauerem Hinsehen als tiefgreifender und gefährlicher.

### **Global Britain**

Die in Westminster ansässige Organisation Council on Geostrategy war die erste, die sich lautstark über die Schaffung einer Allianz zwischen London, Warschau und Kiew äußerte. Anlass für diese Gespräche war [die Rede](#) der britischen Außenministerin Liz Truss am 21. Januar 2022 im australischen Lowy Institute – genau an dem Ort, an dem die Ministerin über die zahlreichen Invasionen der Ukraine „von den Mongolen bis zu den Tataren“ sprach.

Im Gegensatz zum Niveau der historischen und geografischen Kompetenzen der britischen Außenministerin sollte der Kontext ihrer Rede, in der dem Aufbau des Dreierbündnisses große Aufmerksamkeit geschenkt wurde, ernst genommen werden. Das Lowy Institute ist eine sehr bemerkenswerte „Nichtregierungs“-Organisation, die über das Außen-, das Verteidigungs- und das Innenmi-

nisterium gleichzeitig Mittel von der australischen Regierung erhält. Und auch von BHP, Capital Group, Rio Tinto und Rothschild & Co.

Der Geostrategische Rat, der die informelle Legitimation des Dreierpakts übernommen hat, ist nicht weniger interessant. Die Mission, die auf der [offiziellen Website der Organisation](#) beschrieben wird, besteht darin, den „revisionistischen Impulsen großer autoritärer Mächte, die jetzt die internationale Ordnung bedrohen“ entgegenzutreten und die Führungsrolle Großbritanniens „in einer zunehmend unsicheren und gefährlichen Welt“ zu behaupten.

Der Geostrategische Rat befürwortet „realistische Geostrategien – im euro-atlantischen Raum, im indo-pazifischen Raum und in den Polarregionen – zur Aufrechterhaltung einer freien und offenen internationalen Ordnung, im Bündnis mit unseren Verbündeten und Partnern“.

Das Dreierbündnis von Großbritannien, Polen und der Ukraine, so betont der Rat, spielt eine wichtige Rolle in der Konfrontation mit dem offensichtlichen geopolitischen Gegner – Russland. Oder, wie die [Analysten des Rates es nennen](#), „Russlands widerspenstige Kleptokratie“. Die von der Denkfabrik vorgeschlagene Strategie heißt jedoch *Global Britain* – nicht mehr und nicht weniger.

Der Ausgangspunkt für die Rechtfertigung des Konzepts eines „Globalen Britanniens“ ist wiederum die „russische Aggression“. Dieser Aspekt wird in einem der [Materialien](#) des Rates ausführlich beschrieben, wobei in den Schlussfolgerungen darauf hingewiesen wird, dass es neben Russland auch China und andere Systeme gibt, die die britischen Interessen bedrohen.

Wie es in dem Artikel heißt, „sind wir plötzlich gezwungen, uns mit der Aussicht zu konfrontieren“, dass die Zukunft in Bezug auf Nationen oder sogar Zivilisationen wettbewerbsfähiger sein könnte. Es besteht die Möglichkeit, dass Großbritannien auf der „falschen Seite“ der Geschichte steht, nur weil es einfach besiegt wurde, befürchten die Autoren.

Um dies zu erreichen, so der Geostrategische Rat, ist es vernünftig, die in den 1990er Jahren verbreitete Vorstellung aufzugeben, dass der multilaterale Dialog an sich ein Allheilmittel für alle denkbaren Streitigkeiten ist und dass, wenn Gewalt erforderlich ist, die USA dafür zuständig sind.

„*Global Britain* als ein Konzept, das globales Handeln im nationalen Interesse sieht und die Investitionen in das militärische Instrumentarium erhöht, um mit der Diplomatie zusammenzuarbeiten, stellt das Vereinigte Königreich (UK) eher in das zukunftsorientierte Lager“, so die Autoren.

Es ist erwähnenswert, dass die Materialien des Geostrategische Rates für das Verständnis der britischen Position sehr nützlich sind. Die Organisation kritisiert insbesondere Deutschland, Frankreich und den „Clan der Beschwichtiger“ in den USA, die einen Ausweg aus der Ukraine-Krise in der Diplomatie, gegenseitigen Verpflichtungen und Garantien sehen.

Die britische Politik, so betont der Geostrategische Rat, bestehe darin, „die Ukraine aktiv bei ihrer legitimen Selbstverteidigung zu unterstützen, **präventive Informationsoperationen zu starten** und den russischen Narrationen direkt entgegenzutreten“.

In Anbetracht des ausgewählten Fragments ist es kaum verwunderlich, dass die meisten Informationsmaßnahmen, die die nächste Panik auslösen, letztlich auf die britischen Ohren fallen. Zu den jüngsten Beispielen gehört die Entscheidung britischer Versicherungsgesellschaften, Flugzeugen, die in den ukrainischen Luftraum einfliegen, den Versicherungsschutz zu entziehen. Dies bedeutet

faktisch die vollständige Einstellung des Flugverkehrs mit diesem Land. Die Europäische Agentur für Flugsicherheit hat keine Empfehlungen zur Beschränkung von Flügen im ukrainischen Luftraum abgegeben, was die gesamte britische Initiative in dieser Angelegenheit unterstreicht.

Dieser Zustand, so stellt der Rat für Geostrategie fest, entspricht voll und ganz den Interessen der Ukraine – schließlich bekunden die Ukrainer und ihre Führer ihre „Bereitschaft, eine solche Unterstützung zu akzeptieren“. Das bedeutet, dass sie mit allem zufrieden sind.

### **Militärbündnis gegen Vorkasse**

Der Übergang von der autokratischen Hegemonie der USA zu einer multipolaren Welt in voller Übereinstimmung mit den Gesetzen der Dialektik schafft nicht nur für Russland und China neue Möglichkeiten. Die Verringerung der Interessen und Fähigkeiten der USA in Europa und die Neuausrichtung Washingtons auf den Konflikt mit China, der immer noch unzureichende Einfluss Russlands und die schwache politische und militärische Subjektivität der EU haben ein gewisses Vakuum geschaffen, das von externen Akteuren genutzt werden kann.

Insbesondere Großbritannien, dessen Austritt aus der EU durch den Brexit London weitgehend freie Hand gab, seine eigene Politik voranzutreiben – wobei die Interessen seiner ehemaligen europäischen Partner nicht in erster Linie berücksichtigt werden.

Eine kursorische Analyse offener Daten reicht aus, um sich zu vergewissern, dass Großbritannien in den letzten Jahren nicht nur in Polen und der Ukraine, sondern auch in den baltischen Staaten ein ernstzunehmendes Netzwerk militärischen und politischen Einflusses aufgebaut hat. Historisch gesehen ist die britische Position in der Türkei stark, was die Achse, die London aufzubauen versucht, abschließt. Allerdings ist der Einfluss Londons im Falle der Türkei deutlich schwächer als in den anderen aufgeführten Ländern.

Ein eindrucksvolles Beispiel ist der Rat für Geostrategie selbst. Seine Direktorin ist als [Viktorija Starych-Samuoliene](#) aufgeführt, die als britische Staatsbürgerin litauischer Herkunft identifiziert wurde. Unter den Mitarbeitern finden sich viele Personen mit Namen wie „Anton Holoborodko“ und andere, die durch ihre Herkunft die britisch-polnisch-baltisch-ukrainische Gemeinsamkeit unterstreichen.

Die militärische Zusammenarbeit Großbritanniens mit den übrigen Achsenmächten besteht schon seit langem. Am 8. Februar 2022 [erinnerte](#) der Leiter des britischen Verteidigungsministeriums Ben Wallace anlässlich der Entsendung weiterer 350 britischer Soldaten nach Polen daran, dass London seine Präsenz in Polen, Estland und Lettland seit 2014 verstärkt hat.

Unabhängig davon ist die Ukraine zu erwähnen, die von Großbritannien immer wieder mit Waffen beliefert wird, was mit der Verschärfung der Lage im Donbass in Verbindung gebracht wird. In den letzten Jahren wurden Zehntausende von Waffen verschiedener Art an die Ukraine verkauft, und in den letzten Wochen haben sich die Militärlieferungen besonders intensiv entwickelt.

Am 17. und 18. Januar 2022 landeten drei Flugzeuge mit 2.000 Stück NLAW-Kurzstrecken-Panzerabwehrsystemen in der Ukraine, und Kiew setzt seine größten Hoffnungen im Hinblick auf künftige Kämpfe mit der Krim auf Großbritannien. Am 8. Februar kündigte der ukrainische Botschafter in Großbritannien, Vadym Prystaiko, die Unterzeichnung eines 2-Milliarden-Dollar-Abkommens mit

London an, in dessen Rahmen Großbritannien die Ukraine mit einer nicht näher bezeichneten Palette von Waffen, darunter auch Schiffsabwehrraketen, beliefern wird.

Im Juni 2021 unterzeichneten die britische Regierung, der britische Babcock-Konzern und das ukrainische Verteidigungsministerium ein trilaterales Abkommen, mit dem das UNCEP-Programm ins Leben gerufen wurde. Im Rahmen des UNCEP sollen acht kleine Raketenboote (bis zu 400 Tonnen Verdrängung) für die Ukraine gebaut werden, die im Schwarzen Meer und im Asowschen Meer eingesetzt werden sollen.

Die ukrainische Seite bestand darauf, dass die Boote mit ukrainischen „Neptun“-Raketen bewaffnet werden, einer leicht modifizierten Nachbildung der alten sowjetischen Kh-35. Letztendlich werden die Boote jedoch mit „Sea Spear“-Raketen bewaffnet sein. Dies ist nicht die nächstliegende Wahl für ein Anti-Schiff-System – die Rakete ist eine Anpassung der britischen Panzerabwehrrakete für „Brimstone“-Hubschrauber. Das Startgewicht der Rakete wird mit 50 kg angegeben, und die Leistung des kumulativen Tandemsprengkopfs beträgt 6 kg Sprengstoff. Die Flugreichweite wird mit 10-12 Kilometern angegeben.

Das reicht natürlich nicht aus, um ein modernes Schiff außer Gefecht zu setzen, aber die Ukraine muss sich offenbar nicht entscheiden. Die Lieferung von Waffen aus Großbritannien erfolgt ganz offen „auf koloniale Weise“ – der Ukraine wird ein Kredit für den Kauf britischer Waffen gewährt. Das Geld geht, ohne das Vereinigte Königreich zu verlassen, sofort an britische Waffenfabriken, und die Kreditzinsen verbleiben in Kiew.

Mit einer ähnlichen Kreditlinie wurde der Bau von Booten bezahlt – als Teil eines Kredits von 1,25 Milliarden Pfund. Zusätzlich zu den Booten erhält die ukrainische Marine zwei Minenjagdboote der Sandown-Klasse, die von der Royal Navy aus Altersgründen ausgemustert wurden. Ein weiterer Betreiber solcher Schiffe ist Estland, was ebenfalls von Bedeutung ist.

Der Grundsatz, dass veraltete oder bereits ausgemusterte Waffen zum vollen Preis an die Verbündeten geliefert werden, wird von Großbritannien und anderen Ländern weitgehend praktiziert. Einige Tage nach der Landung der britischen Flugzeuge mit NLAW-Ladung wiesen ukrainische Experten darauf hin, dass die Lebensdauer der Komplexe entweder abgelaufen sei oder kurz davor stehe. Letzteres ist jedoch kein eindeutiger Hinweis für die ukrainische Seite auf die Notwendigkeit, den Kauf so bald wie möglich durchzuführen.

Es ist leicht zu erkennen, dass die Vereinbarungen Großbritanniens mit seinen Verbündeten, gelinde gesagt, im Hinblick auf die Erlangung von Vorteilen verzerrt sind. Neben Booten auf Kredit mit britischen Raketen und Minensuchbooten, die noch abgeschrieben werden mussten, wird die Ukraine Großbritannien beispielsweise dafür bezahlen, dass es Pläne für den Bau neuer Marinestützpunkte in Berdjansk und Otschakow entwickelt.

---

Zweiter Teil:

## Eiserner Vorhang 2.0 in Mitteleuropa (II)

Das Bündnis zwischen Großbritannien, Polen und der Ukraine ist ein *Great Game*, um Russland zu schaden

### **London statt Brüssel**

Die Meinung der britischen Denkfabrik, dass die osteuropäischen Partner Londons schlechte Beziehungen zur EU haben, ist völlig richtig. Die künftigen Mitglieder der britischen Achse haben ihre Beschwerden wiederholt gegenüber der EU geäußert, womit de facto Deutschland und Frankreich gemeint waren.

Die jungen Europäer und diejenigen, die diese Rolle beanspruchen, ziehen es vor, ihre Beschwerden über die britischen Medien an das „alte Europa“ zu richten. Der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki warf den EU-Regierungen in einem Artikel für den *Daily Telegraph* Passivität und mangelnden Mut „angesichts der wachsenden russischen Bedrohung“ vor und nannte die Ereignisse in der Ukraine „die letzte Warnung“ für die Einigung.

„In einer kritischen Situation brauchen wir echte Führungspersönlichkeiten, um die Bedrohung zu beenden und Europa auf den Weg der Sicherheit und Entwicklung zurückzuführen“, schloss der polnische Premierminister. In Anbetracht der Plattform, von der aus Morawieckis Stimme erklang, ist es nicht schwer zu schlussfolgern, wen genau er als eine solche Führungspersönlichkeit ansieht.

Zuvor hatte Morawiecki – ebenfalls in den britischen Medien – weitere Appelle veröffentlicht, die in Bezug auf die bestehende Ordnung in der EU äußerst radikal sind. Die EU drohe auseinanderzufallen oder sich in eine Diktatur zu verwandeln, wenn sie Warschau weiterhin aus Angst vor einem „Polexit“ erpresse, behauptete der polnische Premierminister in einem weiteren Artikel im [Daily Telegraph](#).

Zuvor hatte Mateusz Morawiecki in einem Schreiben an die Staats- und Regierungschefs der EU den Block beschuldigt, Polen zu „bestrafen“ und „auszuhungern“, indem die EU drohte, 60 Mrd. Euro für die Rückzahlung von Covid einzubehalten, weil die polnische Führung sich weigere, europäische Rechtsvorschriften zu befolgen.

Am 8. Oktober 2021 entschied das polnische Verfassungsgericht, dass seine Regeln über dem EU-Recht stehen – was natürlich den grundlegenden Verträgen der Union widerspricht. Morawiecki argumentierte, dass „kein souveräner Staat“ dem zustimmen könne, weil es „illegal und gefährlich für den Fortbestand der EU“ sei.

Die Beschwerden Polens an die EU sind vielfältig und aggressiv. Polen sieht den Grund für den Konflikt mit Brüssel auch im Vorgehen Brüssels in der Situation mit dem Bergwerk Turów. Ende Februar 2021 reichte die Tschechische Republik beim EU-Gerichtshof eine Klage gegen Polen ein, in der sie Polen vorwarf, dass durch die Erweiterung einer Kohlemine in den Grenzgebieten der Republik der Grundwasserspiegel stark gesunken sei.

Am 21. Mai gab das EU-Gericht dem Antrag der Tschechischen Republik statt und wies Polen an, die Produktion in der Grube Turów unverzüglich einzustellen, bis die Angelegenheit in der Sache

geklärt ist. Polen weigerte sich, dieses Urteil umzusetzen und bezeichnete die Entscheidung des Gerichts als inakzeptablen Eingriff in die Sicherheit der Republik. Der EU-Gerichtshof in Luxemburg entschied, dass Polen für jeden Tag, an dem in dem Bergwerk gegen die Gerichtsentscheidung verstoßen wird, 500 000 Euro an die EU zahlen muss. Warschau weigerte sich ebenfalls, die Strafe zu zahlen.

Die Situation wurde erst im Februar 2022 gelöst, als die Tschechische Republik ihre Klage vor dem EU-Gericht zurückzog und Polen der Tschechischen Republik eine Entschädigung in Höhe von 45 Millionen Euro zahlte.

Die EU-Kommission beschloss, den Betrag der aufgelaufenen Strafe von den Mitteln abzuziehen, die Polen aus dem EU-Haushalt erhält. Morawiecki bezeichnete diese Entscheidung als „völlige Absurdität“, von der „die EU voll ist“, weil sie „ideologische Verbohrtheit“ zeige.

Kiew vertritt einen ähnlichen Standpunkt. Der wichtigste Vertreter dieser Position ist der ukrainische Botschafter in Berlin, Andrey Melnyk. Erst in den letzten anderthalb Monaten gelang es einem ukrainischen Diplomaten,

- von Berlin mehr Geld zu fordern, „als es für Somalia bereitstellt“,
- den Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Außenpolitik, Michael Roth, zu beschuldigen, nicht bereit zu sein, sich mit ihm zu treffen und über deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine zu sprechen,
- öffentlich Raketenwaffen von Berlin „als Entschädigung für die historische Verantwortung Deutschlands“ zu fordern,
- Reparationen für das verlorene kulturelle Erbe während der Nazi-Besatzung zu leisten und
- den Deutschen eine „indirekte Verantwortung“ für die Massenhungersnot in der Ukraine 1932-1933 zuzuschreiben.

Aus Kiew gibt es keine Kritik an Großbritannien.

Betrachtet man die Skala, so ist die Stimme Litauens schwächer zu hören als die der übrigen Teilnehmer der Achse. Die qualitative Bewertung des Verhaltens von Vilnius ist jedoch nicht allzu unterschiedlich. Im November 2021 wurde Angela Merkel wegen der Situation mit den Migranten an der weißrussisch-polnischen Grenze von Warschau und Vilnius gleichzeitig und gnadenlos kritisiert. Der litauische Außenminister Gabrielius Landsbergis erklärte, dass es unzulässig sei, mit Minsk zu verhandeln, „insbesondere im Namen der EU“.

Am 8. Februar 2022 fand in London ein bemerkenswertes Treffen zwischen dem britischen Premierminister Boris Johnson und der litauischen Premierministerin Ingrida Šimonytė statt. Nach Angaben des Außenministeriums erörterten die Parteien die Krise in der Ukraine sowie die Beziehungen Litauens zu China. Das Himmlische Reich hat Litauen „aus der Gleichung“ der Warenströme entfernt, nachdem Litauen offiziell dem „souveränen“ Namen der taiwanesischen Mission im Land zugestimmt hat.

In anderen Ländern der Welt handeln taiwanesishe Vertretungen im Namen der Inselhauptstadt Taipeh, nachdem international vereinbart wurde, dass eine solche Bezeichnung nicht im Widerspruch zur „Ein-China-Politik“ steht.

Es sei daran erinnert, dass China gemäß den AUKUS-Doktrinen als Feind Großbritanniens bezeichnet wird. Die Nuancen und Perspektiven dieses militärisch-politischen Blocks, der auch als „pazifische NATO“ bezeichnet wird, werden detailliert [im Material von RUSSTRAT](#) beschrieben.

Die Verschärfung der Spaltung zwischen Litauen und der EU wurde in der Rede von Šimonytė an der *London School of Economics and Political Science* noch deutlicher. Dort warf der litauische Premierminister der EU vor, die Risiken der Abhängigkeit von russischem Öl und Gas oder von chinesischen Lieferungen, Technologien und Investitionen zu unterschätzen.

„Wir sollten eine Partnerschaft anstreben, die unseren strategischen Interessen entspricht“, sagte Šimonytė in London.

Mit anderen Worten, es gibt mindestens drei Staaten in Europa, in denen sich radikaler Euroskeptizismus mit dem bestehenden britischen militärischen und politischen Einfluss und dem unverhohlenen Wunsch nach einem Wechsel des „Führers“ verbindet. Berlin oder das kollektive Brüssel sind für diese Länder nicht mehr attraktiv, aber London sieht ziemlich komplimentär aus.

Darüber hinaus sind diese Staaten solidarisch, wenn es darum geht, die Versuche des „alten Europas“ abzulehnen, gemeinsam mit Russland eine Lösung für die bestehenden Konflikte auf dem Kontinent zu suchen, und in gewissem Maße auch für den Konflikt mit China. Es genügt, sich an die Geschichte der Verstaatlichung des Unternehmens „Motor-Sich“ für die Produktion von Hubschraubmotoren durch Kiew zu erinnern, das China zuvor kaufen konnte.

Es gibt auch eine demografische Grundlage für die britische „Achse“. Trotz erheblicher Schwankungen sind polnische Staatsbürger immer noch die größte Gruppe von Ausländern, die in der ersten Generation in Großbritannien leben. Ihre derzeitige Zahl – 815.000 Menschen – ist doppelt so groß wie die der zweitgrößten Gruppe, der rumänischen Staatsbürger, von denen es 404.000 gibt. Von den 2,2 bis 2,4 Millionen Litauern, die in Litauen selbst leben, leben mehr als 200.000 im Vereinigten Königreich.

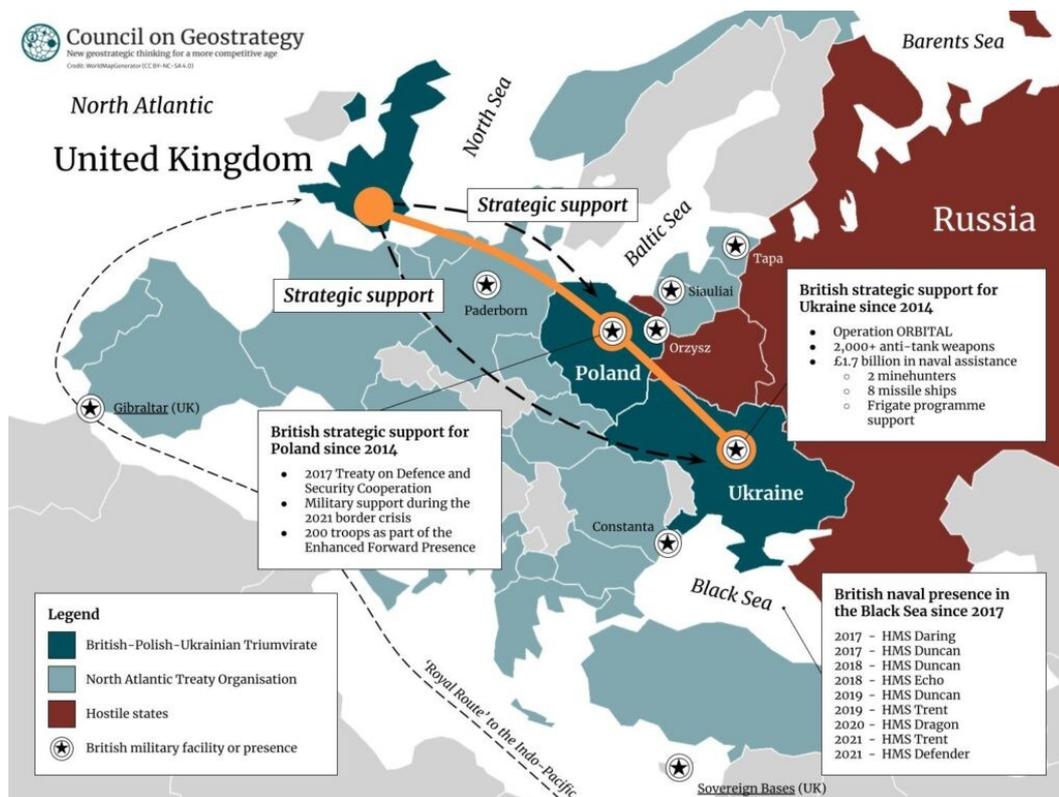
## **Eiserner Vorhang 2.0**

Churchills Fulton-Rede im März 1946 blieb als „die Rede über den Eisernen Vorhang“ in Erinnerung. Ihre bei weitem berühmteste Passage ist die Feststellung, dass sich „von Stettin an der Ostsee bis Triest an der Adria ein Eiserner Vorhang über den Kontinent gesenkt hat“. Im Jahr 2022 gibt es genügend Anzeichen dafür, dass London bereit ist, diese Geschichte zu wiederholen.

Vor 76 Jahren war die Welt noch anders, und der „Eiserne Vorhang“ hatte eine sehr einfache Bedeutung. Heute ist die britische Achse vielleicht noch viel wichtiger. Der Geostrategische Rat hat eine Karte des künftigen Bündnisses veröffentlicht.

## **Karte**

Aus geografischer Sicht ist die britische Achse ein Keil, der zwischen die EU und Russland getrieben wird. Aus geopolitischer Sicht stellt sie eine ernsthafte Bedrohung dar, und zwar nicht nur für Russland. Frieden und eine wirksame Zusammenarbeit zwischen Europa und Russland können nur dann gewährleistet werden, wenn ein „Puffer“ aus neutralen Staaten vorhanden ist, und in diesem Fall ist die Situation noch bedenklicher, wenn der „Puffer“ von einer dritten Partei kontrolliert wird.



Britisch-Polnisch-Ukrainisches Triumvirat (Quelle: [Geostrategischer Rat](#))

Der Löwenanteil der Transitströme aus Russland fließt durch das Gebiet, das Großbritannien unter seine tatsächliche Kontrolle bringen wird. Und, was strategisch noch wichtiger ist, auch die logistischen Landwege aus China. Im hypothetischen Fall eines Konflikts mit der EU kann das Vereinigte Königreich über Stellvertreterstaaten die Versorgung Europas mit Energieträgern und in China produzierten Waren erheblich erschweren. Und auch den Luftverkehr, Arbeitsmigrationsrouten und vieles mehr.

In diesem Zusammenhang sind Versorgungswege, die unabhängig von den politischen Ambitionen von Drittstaaten sind, von großer Bedeutung. Für Gas sind dies Offshore-Pipelines (Nord Stream 2), für den Warenaustausch die Nordostpassage. Die Tatsache, dass sich Großbritannien konsequent gegen die Umsetzung der ersten und den Ausbau der zweiten ausspricht, passt voll und ganz in die Logik der britischen Fernkontrolle auf dem eurasischen Kontinent.

Die Tatsache, dass zwei EU-Mitgliedstaaten an dem britischen Projekt beteiligt sind, ermöglicht es, die interne Situation in der EU selbst wirksam zu beeinflussen und Schritte zu unternehmen, die Russland irritieren. Zum Beispiel, um das Potenzial der russlandfeindlichen ukrainischen Streitkräfte zu stärken, was Moskau zu entsprechenden Gegenmaßnahmen zwingen wird.

Die Kontrolle über Polen, Litauen und die Ukraine ermöglicht es London zudem, die Bemühungen konstruktiver Kreise in der EU, die Beziehungen zwischen Europa und Russland zu stärken, mit fremden Händen zu torpedieren.

Ein Unterschätzen der Pläne zur Schaffung der britischen Achse kann schwerwiegende Folgen für Russland und das „alte Europa“ haben – und die Lage des letzteren ist sogar noch schlimmer, wenn man seine geringere Fähigkeit zur Mobilisierung und zum schnellen Handeln berücksichtigt.

Natürlich kann Großbritannien im Moment nichts entgegensetzen, was in direktem Wettbewerb mit der EU, Russland oder China steht. Die Umsetzung des Projekts „von London nach Odessa“ könnte sich jedoch als ein sehr effektiver Schachzug auf dem geopolitischen Spielfeld erweisen.

In London ist man sich der Grenzen seiner Möglichkeiten bewusst, so dass die Partner die Hauptlast zu tragen haben.

„Es ist ratsam, sich vor einer Überdehnung zu hüten. Nicht jeder angegriffene Punkt ist ein geopolitischer Dominostein. Britische Initiativen können sich nur in gemeinsamer Sache mit Verbündeten wie Polen, den USA und Partnern wie Japan, Australien und der Ukraine durchsetzen“, [schreibt](#) der Geostrategische Rat.

Es ist möglich, dass die Türkei absichtlich nicht in dieser Anzahl von Staaten vertreten ist, um keine zusätzliche Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Wenn Ankaras Handeln nicht von nationalen türkischen Interessen, sondern von den Zielen Großbritanniens bestimmt wird, dann wird die britische Achse noch gefährlicher.

Es ist sehr schwierig, alle Folgen zu kalkulieren, aber die offensichtlichste ist die Möglichkeit, eine Migrationskrise im Süden der EU zu organisieren, einen selektiven Zugang vom Schwarzen Meer zum Mittelmeer und zurück, sowie ein weites Feld von Möglichkeiten für die Projektion britischer Interessen in der nahen türkischen Region.

Das Prinzip „teile und herrsche“ ist nicht neu, aber die Multipolarität, die eingetreten ist, bietet London zusätzliche Möglichkeiten. Unter den Bedingungen begrenzter Ressourcen und einer neuen geopolitischen Realität mit wichtigen Akteuren beabsichtigt Großbritannien, durch die Schaffung von Allianzen und Konflikten zu handeln. Und es hat gewiss nicht die Absicht, bei den weltweiten Prozessen am Rande zu bleiben.

„Wenn das Vereinigte Königreich seine Politik nach veralteten und kurzfristigen Weltbildern ausrichtet und eine defensive und engstirnige Position einnimmt, wer wird dann die neue Ära der globalen Governance gestalten“, befürchtet der Rat für Geostrategie.

Auch wenn das angekündigte Bündnis zwischen Großbritannien, Polen und der Ukraine nur drei Staaten umfasst, von denen zwei jeder für sich wohl kaum auf die Idee kämen, das Weltgeschehen zu beeinflussen, muss man das System als Ganzes sehr genau studieren. Man kann den Angelsachsen schwerlich vorwerfen, dass sie nicht in der Lage waren, ein paar Schritte voranzukalkulieren – und zwar jedes Mal, wenn ein Great Game gespielt wurde, um Russland zu schaden.